Der erste Moskauer Börsentag

Riga, 13. Dezember. Am Eröffnungstage der Moskauer Effektenbörse war eine außerordentlich große Besucherzahl zu verzeichnen gewesen. Mit Hilfe der Börsenmakler wurde eine Reihe großer Geschäfte getätigt. Es handelt sich vor allem um Kerenskischeine, Zwistrn, Tabak und Soda.

Die Eigentumsversicherung

(Rosta Wien.) „Izwestija" vom 27. November schreiben: „Unter den letzten Dekreten, die mit dem neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik zusammenhängen, verdient die Verordnung über die staatliche Eigentumsversicherung besonderes Interesse. Die Notwendigkeit gerade dieser Form der Eigentumsversicherung wurde von den Interessen des Staates selbst diktiert. Der mögliche Schaden, den nicht nur die staatlichen verpachteten Unternehmungen, sondern auch die neu entstehenden Privatunternehmungen infolge von Elementarereignissen erleiden können und die sich dann auf staatlichen Wirtschaftsleben bemerkbar machen, macht es notwendig, daß das Versicherungswesen auch auf die Privatunternehmungen ausgedehnt wird."

Das Dekret ist in manchen Punkten nicht ganz klar, so zum Beispiel ist aus ihm nicht ersichtlich, ob die Versicherung des gewöhnlichen Eigentums der einzelnen Bürger der Republik zulässig ist. Unserer Meinung nach ist diese Frage in positivem Sinne zu entscheiden. Es ist anzunehmen, daß die Erläuterungen zum Dekret über die Versicherungen die Frage über das Recht der Versicherung im allgemeinen und der Versicherung des gewöhnlichen häuslichen Eigentums im besonderen klären werden. Eine solche Versicherung häuslichen Eigentums wird auch ein dauerhaftes Fundament für die Wohlfahrt jedes einzelnen sein, der als jetzt im Falle eines Elementarunglückes keinen Ersatz für sein verlorenes Eigentum zu erwarten hatte. Die soziale Fürsorge kann infolge der schweren wirtschaftlichen Lage noch lange nicht zum Beispiel Personen, deren Hab und Gut durch eine Feuersbrunst zerstört wurde, entschädigen. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß man den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit bietet, sich zu versichern. Es ist anzunehmen, daß die Belastung auch in diesem Falle sich daran halten wird, die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Institutionen in eine von der übrigen Bevölkerung gesonderte Gruppe einzuteilen und ihnen vorteilhaftere Versicherungsbedingungen zu gewähren."

Die russische Außenpolitik

(Rosta Wien.) „Rowoj Put" vom 26. November berichtet: Der Vertreter des Volkskommissars für Außenhandel, Desjatow, der sich auf der Rückreise vom Westen nach Rußland in Riga aufhielt, machte einem Mitarbeiter des „Rowoj Put" Mitteilungen über den Gang der Arbeiten der Auslandsvertretungen des Kommissariates für Außenhandel und über die nächsten Perspektiven des russischen Außenhandels: „Die Perspektiven unseres nationalisierten Außenhandels können als günstig betrachtet werden. Die größten und bedeutendsten Handels- und Finanzkreise sind jetzt mit uns in Verbindung getreten. Besonders in Deutschland haben wir schon ein Uebereinkommen mit einer sehr starken Bankgruppe getroffen, die uns einen Kredit von 500 Millionen Mark eröffnet hat. Eine zweite Gruppe soll in den nächsten Tagen ein Uebereinkommen unterzeichnen, das uns einen Kredit von 300 Millionen Mark gewährt. Eine dritte, und zwar die größte Bankgruppe eröffnet uns einen Kredit von 500 Millionen Mark. Die Banken haben dabei die Zustimmung der Reichsbank erhalten, unsere Wechsel zu diskontieren. Wir haben auch mündliche Uebereinkommen getroffen über den Verkauf unserer Rohstoffe, wobei die Käufer alle zu zahlenden Summen in stabiler Valuta auf unser Kontokorrent einzahlen werden.

Deutschland hat ein Interesse an allseitigen wirtschaftlichen Beziehungen mit uns, für alle Zweige unserer Industrie. Interesse. Es interessiert sich sowohl für unseren Export als auch für unseren Importhandel. Dieses Interesse an der wirtschaftlichen Verbindung mit Rußland erfaßt immer größere und größere Kreise deutscher Industrieller und Finanziers. Leider verfügen wir in Deutschland noch nicht über alle jene Möglichkeiten zur Verwirklichung aller erwähnenden Aufgaben auf dem Gebiete der gegenseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. Wir haben noch nicht die Möglichkeit, unseren Handelsapparat in Deutschland in genügendem Maße zu entfalten. Unsere Bureaus sind außergewöhnlich eng und nicht zweckentsprechend, und dieser Umstand veranlaßt uns, selbst die Frage einer natürlich nur temporären Einschränkung einiger unserer Operationen in Erwägung zu ziehen.

Das Sinken der deutschen Mark hat zu dem unerwünschten Resultate geführt, daß viele Firmen dazu übergingen, ihre Berechnungen in einer stabilen Valuta, z. B. englischen Pfund oder Dollar, vorzunehmen. Es versteht sich ganz von selbst, daß der Umstand, daß die deutsche Industrie uns gegenüber zu einer anderen Valuta übergeht, ein bedeutendes Hindernis bei der weiteren Festigung unserer Beziehungen mit Deutschland werden kann, da jene persönlichen Vorteile für die Entwicklung unserer Beziehungen entfallen, die aus der Möglichkeit hervorgingen, daß wir die Berechnungen mit Deutschland in Mark machen konnten. Außerdem wird uns dieser Umstand dazu veranlassen, unsere Rohstoffe in Deutschland ebenfalls gegen Zahlung in stabiler Valuta zu verkaufen.

Was unsere Beziehungen zu England betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß sie viel lebhafter und bedeutender sein könnten als jetzt. England hört aber immer noch auf die Stimme Frankreichs und kann daher den Weg direkter und unmittelbarer geschäftlicher Beziehungen zu uns nicht finden.

Das Interesse des ausländischen Kapitals an unseren Konzessionen hat sich in der letzten Zeit nicht abgeschwächt, sondern eher zugenommen, wobei zu bemerken ist, daß dieses Interesse immer mehr und mehr realen Geschäftscharakter annimmt. Ich habe den Eindruck, daß die Entlastung und die Bedeutung des Briefes Urquharts von den Geschäftskreisen der verschiedenen Länder schnell im richtigen Sinne erfaßt wurde, der darin besteht, daß Urquhart sehr billig kaufen wollte, wir unsere Waren aber nicht billig hergeben werden. Er hat diese rein kommerzielle Differenz auf politisches Gebiet übertragen und aus diesem Anlaße den bekannten Brief an Krassin geschrieben, wie es scheint, nicht ohne Vorteil für sich selbst. Uebrigens zweifle ich nicht daran, daß Urquhart als guter Geschäftsmann es nicht unterlassen wird, die unterbrochenen Unterhandlungen mit uns wieder aufzunehmen."

Genossen! Vergeßt die Opfer der weißen Justiz nicht! Sammelt!

Die kapitalistische Lösung der irischen Frage

Zur Zeit, da diese Zeilen im Druck erscheinen, fällt im Dubliner Parlament die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Bedingungen des irischen Uebereinkommens mit der englischen Regierung. Das Dubliner Parlament ist die Quasselbude für Südirland, dem Hauptteil der Insel, in dem die katholisch-national-irischen Sinnfeiner vorherrschend sind. Der von den irischen und englischen Delegierten unterzeichnete Friedensentwurf wird bestimmt von einer großen Mehrheit des englischen Parlamentes angenommen werden. Die nordirische Ulsterregierung, die Vertreterin der evangelisch-pro-englisch-imperialistisch gesinnten Großindustriellen und Großgrundbesitzer erhebt zwar „gewisse kleinere" Einwände gegen den vorliegenden „Friedensvertrag", wird sich aber sach- und fachlich der Annahme fügen. Und auch im Dubliner Parlament wird die große Mehrheit der Sinnfeiner-Vertreter für den zustandegekommenen Kompromiß, unumwunden eintreten, obgleich der berühmte Sinnfeinervertreter De Valera öffentlich erklärt hat: „Die Bedingungen des irischen Uebereinkommens stehen im scharfen Gegensatz zu den Wünschen der Mehrheit des irischen Volkes." Aus diesem Grunde weigern er und seine politischen Freunde, unter denen sogar der irische Minister des Inneren und der Verteidigungsminister sich befinden, sich „ganz konsequent", den irischen Vertrag anzunehmen und dem Parlament als den Interessen des irischen Volkes entsprechend zu vertreten. Die Aussichten dieses irisch-national-revolutionären Flügels, der das Abkommen ablehnt ist sehr gering, zumal die treibende Kraft desselben aus revolutionären Proletariern besteht, die ebenso von De Valera und seinen Anhängern bedroht und verfolgt werden als von den Führern der mäßigen Sinnfein-Strömung. Wenn auch die offiziellen Arbeiterkongresse und mit ihnen die parlamentarisch-opportunistischen Kommunistenführer den De Valera und seine Genossen für einen „guten, ehrlichen Revolutionär" halten, so müssen wir vom kommunistischen Arbeiterstandpunkt erklären, daß es klar auf der Hand liegt, daß die Führerschaft der linken „Opposition" im irischen Parlament nur diesen ganzen Weihnachtsrummel vorführt, um die Proletariermaßen der revolutionären Arbeiterbewegung fernzuhalten! Nicht umsonst frohlockt die bürgerliche und pseudosozialistische Arbeiterpresse, daß der Führer der irischen Mehrheit, Griffith, einen enormen Einfluß auf die bürgerlichen Elemente Irlands hat, die die Führung der Irlandbewegung noch heute in den Händen haben und daß der revolutionäre Sinnfeinführer, De Valera, der in der starken Minderheit verbleibt, „gewissermaßen politischer Bolschewist" bleibt, die radikalen Arbeiterelemente völlig in Schach zu halten und das lieben Irlandvolk zu schützen.

Eine Spaltung der Sinnfein-Bewegung wird nach der parlamentarischen Entscheidung ohne Zweifel einsetzen, obgleich die Gründe vielfach nicht in der Ablehnung wichtiger Bedingungen, sondern, wie bereits vorher gesagt in der bequemen Verführung und Einschläferung des wirtschaftlich verzweifelten Proletariats zu suchen sind.

Die Grundlage des soeben beschlossenen Uebereinkommens ist: Irland soll, wie eine Silberkrite, ein „Freistaat" werden. Irland gelobt politische Anerkennung des Königs, obwohl seine und seiner Minister Macht „äußerst beschränkt" sind und Irland „jegen Botschafter und andere diplomatische Vertreter ohne die Einwilligung des Königs oder des Reichskabinetts einsetzen kann. Man erwartet ferner, daß die Abmachung dem neuen Freistaate Irland, wie es bei Australien und Südafrika der Fall ist, das Recht einer eigenen Flotte einräumen wird mit der beiderseits angenommenen Voraussetzung, daß die zwei Flotten ihre Schiffe beliebig nach jedem Hafen der „Vereinigten Inseln" senden können. (Denn revolutionäre und sozialistische Proletarier gibt es nämlich überall!) Die Frage, ob das nördliche Irland sich dem sogenannten Freistaate anschließt, soll noch erst entschieden werden. Wie die Dinge jetzt liegen, werden die beiden irischen Kapitalistengruppen des Südens und Nordens wohl sehr bald den Tag der Wiedervereinigung feiern, denn es ist ihnen prächtig gelungen, das soziale Problem der Arbeit durch nationale Kaffeegeschwätze über die Frage einer „Vereinigten irischen Republik" zu verdunkeln und zu verschleppen. Um den Sieg der sozialen Revolution hinauszuschieben, sind selbst irische Kapitalisten bereit, einen politisch-religiösen Einigungs- und Friedensrummel zustande zu bringen. Und dabei werden die politischen Parteien, von der Arbeiterpartei bis zur KPI. und die Gewerkschaften, einschließlich ihrer Zellenhäuptlinge, die verräterischen Dienste geleisten!

Aber auch in diesem Falle hat man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die wirtschaftlichen Interessen der Sinnfeiner sind hauptsächlich Agrarbau, auf dessen Beherrschung die ganze kleinbürgerlich-nationale Bewegung hinzielt. Die industriellen Kapitalisten irischer Nationalität sind gegangen, dem Scheine nach mit dem irischen Bauern und Schäferchen gegen die englischen Großgrundbesitzer sich zu vereinigen. Daher sind selbst die Großindustriellen Nord-Irlands, die größten Schiffbauer, Leinenfabrikanten usw. für ein national geeintes Irland zu haben, aber natürlich so, daß ihnen anderseits auch nicht die schönen Profite der Bestellungen an die englische Regierung stören gehen. Die Hermonde unter irischen Kapitalisten und englischen Kapitalisten unter irischer und englischer Regierung ist somit frei aller Kämpfe und Stürme" ungestört.

Aber diese oberflächliche, durch politische und diplomatische Machenschaften erzielte Einigkeit kann die schreienden Tatsachen des unüberbrückbaren Klassenkampfes nie und nimmer aus der Welt schaffen.

In Irland bilden die Landarbeiter, wie in fast keinem anderen Lande, den revolutionärsten Teil der arbeitenden Bevölkerung und hauptsächlich deshalb, weil sie fortgesetzt den Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt sind, ohne sie an den Bereicherungen seitens der Besitzer des Grund und Bodens und der Produkte teilgenommen haben. Ueberall sie einen heldenmütigen Kampf gegen ihre Verelendung, die schlichten die schändlichen Schlichtungsausschüsse ihn „Streikleiten mit den Arbeitgebern" und überall werden sie betrogen, vergewaltigt, selbst wenn formell einmal die Behörde für sie tritt. Und jetzt nach dem Kriege, wo die enormen Gewinnprofite aufgehört haben, stellen viele Landarbeiter den großen Heer arbeitsloser und Hunderte, ja Tausende von Landarbeitern sind arbeitslos und der großen Reservearmee der hungernden und frierenden Proletariermasse zugeführt. Darum sind diese Landarbeiter, wie auch viele Industriearbeiter, von den Mitläufern Wegen der Parlamentarier und Gewerkschaftler abgekommen. Kämpfen ganz anders — auf revolutionärer, großzügiger Grundlage: Der Kampf des einen ist der Kampf aller! Aber selbst die wirtschaftlichen Kämpfe müßtigen, weil die Kapitalisten entgegenstehen, sie mit Maschengewalt niederschlagen. Jede solche Tatsache lage aber bringt eine Besätigung der Ueberzeugung, daß nur eine revolutionäre Weg zum Ziele führt: Diktatur des Proletariats, Räterepublik der Arbeiterklasse, Uebernahme der Produktion durch die Arbeiter selbst. Auch in Irland kämpft man für die revolution!

Genossen!

Die revolutionäre Presse hat schwer unter dem Ausnahmegesetz der demokratischen Republik zu kämpfen.

Dazu kommen die wahnsinnigen Preissteigerungen.

Sorgt dafür, daß die Stimme der Revolution nicht erstickt.

Sammelt für den Pressefonds!

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 28

Mitteilungen

5. Bezirk. Die Mitgliederversammlungen finden von jetzt bis auf weiteres jeden Freitag, abends 7 Uhr statt, und zwar zur Zeit vom 1. bis einschließlich des 15. jeden Monats in Schiwelbeiner Str. 10, und in der Zeit vom 16. bis 31. im Schermann, Schönhauser Allee 23. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu den Sitzungen zu erscheinen.

Genossin Neumann und Genosse Roloff sind wegen schädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

Die Untersuchungskommission von Groß-Berlin.

Die Sammlung für die Hinterbliebenen des Genossen Lange hat 1742,— Mark ergeben.

Adressen-Tafel

für den Bezug von „K. A. Z.", „Proletarier" und kommunistischer Literatur:

Berlin: Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei, NO. Landsberger Str. 6.

Spandau: Otto Hannemann, Schönwalder Str. 48, Hinterhaus.

Charlottenburg: Erich Willain, Blumenmerderstr. 1.

Wilmersdorf: Emil Elisabethstr. 35, N. Grashinger.

Hannover: „Alte Börse", Heinstraße Str. 8 (Parteibureau).

Düsseldorf: Ulmenstr. 51 I, W. Brommers.

Braunschweig: „Fürstenhof", Stobenstraße (Parteibureau).

Frankfurt a. M.: Philipp Seelig, Rendelerstr. 22.

Bremen: Dnasch, Gottfriedstr. 65 II; Altis, Grüpelinger Deich.

Köln: Münzstr. 16, Hof part. r. (Durst).

Hamburg: Paul Schütz, Altstädter Str. 42, Laden; Anton Schmidt, Königstr. 43 I; Hugo Kramnick, Sachsenstr. 117; Wilhelm Langfeldt, Kühnerstr. 54 I; Bernh. Bot, Humboldtstraße, Haus 2, part.; Buchhandlung Struma, Billhornerdeich, Ruhlmann, Wandsbecker Chaussee 303 III.

Altona 1. Sa.: Bruno Lange, Weststr. 9 I.

Bei direktem Bezuge wende man sich: für die „K. A. Z." an den „Proletarier" an Hans Uhlemann, Berlin SO 36, Oranienstraße 30; für alle übrige Literatur an den Verlag der KPD., Berlin NO, Landsberger Str. 6. Außerdem kann die „K. A. Z." direkt bei der Post abonniert werden.

Wichtige Neuerscheinungen.

Liebknechts Reden u. Aufsätze, Pappbd. (I. Organisationen) 15,—
Politische Auseinandersetzungen aus dem Nachlaß, brosch. 15,—
Dr. E. Pawlowsky: Der Bankrott Deutschlands brosch. 2,50 Mk., geb. 6,—
Zum Jahrestage der proletarischen Revolution in Rußland 2,—
Spartakusbriefe, erste Ausgabe (r. nur in Maschinenschrift) 8,—
M. Beer: Karl Marx, sein Leben und sein Werk 9,50
Dr. H. von Kleist: Die ausländische Kapitalsbeteiligung in Deutschland 20,—
Russische Korrespondenz von Nr. 7—9 12,—
Spectator: Der neue Kurs in der Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands 10,—
Regis Anderson: Die Passagiere der leeren Plätze. 14 Erzählungen 12,—
Zung: Die Rote Woche Heilberg 18,—
Mühsam: Judas, Arbeiterdrama 7,50
Grosz, George: Das Gesicht der herrschenden Klasse, 55 Zeichnungen, neue Auflage 6,—

Bestellungen geg. Vorauszahlung od. Nachnahme sind zu richten an

Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Soeben erschienen:

„Der historische Materialismus"

von Hermann Gorter.

Neue preiswerte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der deutschen und russischen Revolution.

Preis 7,— M. ℳ

Verlag der KPD., Berlin Landsberger Str. 6.

Verantwortlicher Redakteur: Heiland, Köpenick. — Verlag: Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: G. Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roßer, Berlin, Alexandrinenstraße 119.

Nr. 254 — Preis 60 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 490 29; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 106000. — Versand unter Streifband: für Berlin 8,—, nach auswärts 9,—, nach dem Ausland 15,— monatl.

Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Revolution

I.

Nichts wäre törichter, als sich Trugschlüssen in bezug auf das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Kapital hinzugeben. Gewiß, um Großes zu vollbringen, muß man begeistert sein. Aber ebenso gewiß ist auch, daß mit Begeisterung allein die proletarische Revolution nicht zum Siege gelangen kann. Klarheit über die Ursachen der Erstarkung des internationalen Kapitals, Klarheit über die Ursachen der Niedergeschlagenheit der vielen Arbeiterschichten. Klarheit über die Gefahr, die der revolutionären Vorhut des Proletariats droht, ist unbedingt in einer solchen Situation doppelt notwendig. Und die Aufgabe des revolutionären Proletariats nicht darin bestehen kann, über diese objektiven Tatsachen zu jammern, sondern darin, den Gründen dieser Tatsachen nachzuspüren, um dieselben zu beseitigen. Zu Anbeginn ist klar, daß der sich neu gefestigte Weltkapitalismus durch Erstimmung einer höheren Stufenleiter auf kapitalistischer Basis infolge seiner Widersprüche die Anarchie vergrößern muß, deren Wirkung einzig und allein das Proletariat zu spüren bekommt, daß ferner der Weltkapitalismus, selbst wenn das Proletariat die Diktatur ausübt, um dieselben zu beseitigen. In Anbetracht der Tatsache, daß sich neu gefestigte Weltkapitalismus infolge seiner inneren Gegensätze einer neuen tiefen Katastrophe entgegenstellen muß, liegt die Gefahr darin, die dem Proletariat droht, wenn es diesen nicht gelingt, den dem Proletariat droht, wenn es diesen

Der Anspruch Lloyd Georges, daß nach der deutschen die „russische Frage" an die Reihe käme, hat bei allen Beteiligten ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Und es ist wirklich nicht verwunderlich, daß der unbefangene Leser vielleicht die Frage stellt: Warum denn bloß die furchtbaren Gliederverrenkungen? Eure gemeinsame Parole lautet doch: „Bündnis mit Rußland", das heißt natürlich: Bündnis aller kapitalistischen Mächte mit Rußland. Das Weltkapital ist eurem Rufe nachgekommen. Und wenn auch die Sektionen der 3. Internationale sich nicht — aus propagandistischen Gründen — mit den Wiederaufbauparteien verschmelzen können, so läßt sich doch bei einigermaßen gutem Willen ebensogut marxistisch begründen, daß eine internationale Stimmsterung ebensogut im „Interesse der sozialen Revolution" gelegen ist als ein Staatskapitalismus. Stinnes schickt sich nun an, die „Bündnisfrage" zur Tat werden zu lassen, und meint in seiner Zeitung, „D.A.Z." vom 14. Dezember:

„Niemand, sei es in Deutschland, sei es in den Ententeländern, sei es im Kreml selbst, weiß, ob sich die Sowjetregierung halten wird. Ohne von der öffentlichen Meinung ihrer Länder als Gefahrdeure bezeichnet zu werden, nähern sich die französische und englische Regierung den russischen Machthabern, eine Annäherung, die zu weitgehender finanzieller Bindung beider Länder, von Staats wegen wie von privater Seite, führen muß."

Die kommunistische Propaganda nichtoffizieller russischer Stellen spielt bei der Zerfetzung der deutschen äußeren Linken nicht mehr die gleiche Rolle wie ehedem und ist letzten Endes nur ein Argument eigener Schwäche.

Soll bei dieser Sachlage die deutsche Regierung aus Gesichtsmomenten heraus oder vom Standpunkt eines gewissen Mißtrauens privater mutiger Initiative Erschwerungen bei der rein technisch schon nicht leichten Wiederaufnahme von Zeichen in den Weg legen? Soll auf der anderen Seite die deutsche Presse durch diese Wiederholung bekannter Argumente die öffentliche Meinung zu immer erneuter feindlicher Haltung gegen die Firma Sowjetrußland mobil machen und nüchterne praktische Erwägungen hemmen?

Gewiß weiß, wie in Ententekreisen auch in Deutschland, ein jeder, daß jede nach Rußland gelieferte Maschine zur Stütze seines gegenwärtigen Regimes wird. Auf der anderen Seite fordert gebieterisch jede dieser Maschinen von der russischen Regierung einen neuen Schritt zurück auf dem Wege zu nichtsozialistischer Wirtschaftsform und bei der Rückkehr zu zweckentsprechendem bürgerlichen Rechtsleben. Gerade die Kreise in Rußland, denen die europäischen Sympathien vornehmlich gelten, werden rasch eine Erleichterung in ihrer bedrückten Lage spüren und allmählich Raum und Luft im Sowjetstaate erlangen.

Sie helfen neben mancher wirtschaftlichen Selbstverständlichkeit und Geschäftsmomente, die zur Zurückhaltung auffordern, und die Deutschlands öffentliche Meinung und heute noch mehr nötig hat, als sie es selbst zugeben möchte, Verständnisfragen der letzten Zeit beweisen, daß auf der anderen Seite sich der Bogen sachlichen Verständnisses von Ost nach West immer weiter spannt; sie sind geeignet, Verhandlungsmöglichkeiten zu bilden,

Lloyd George, Stinnes, Lenin & Co.

die um so delikater sind, als England und Frankreich in einem Stadium entscheidender Vorbereitungen zum endgültigen Start sind, die vielleicht schon fortgeschrittener sind, als es die gegenteiligen Pressemeldungen vermuten lassen."

Es soll nicht bestritten werden, daß die Aufgabe der „Roten Fahne", die darin besteht, den Proletariern, die bei den Geschäften, die Stinnes macht, den Kopf herhalten müssen, dies als eine revolutionäre Tat hinzustellen, eine furchtbar schwere ist, doch die Fahnenschreiber kommen niemals in Verlegenheit und konstruieren zwischen sich und der Deutschen Volkspartei folgenden Gegensatz:

Die Frage der deutsch-russischen Beziehungen ist zu wichtig, als daß sie der „privaten Initiative" des Herrn Stinnes und letzten Endes dem Belieben der Entente überlassen werden kann. In dem „Moskauer Brief" des „Vorwärts" waren konkrete Vorschläge für ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften beim wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands aufgestellt worden. Es ist jetzt an den Gewerkschaften, sich den bestimmenden Einfluß auf die Beziehungen zu Sowjetrußland zu sichern und die Regierung zu einer staatlichen Initiative zu zwingen.

Wir wollen ganz davon absehen, daß man, wohl aus Verzweiflung, seine Hoffnung auf Körperschaften setzt, die, wenn sie überhaupt noch existieren, nur noch Fassade sind, sicher als die Orgesch hielt. Eine solche Wandlung ist vom geschäftlichen Standpunkt zu begreifen. Wenn jedoch am selben Tage in der Abendausgabe folgende Meldung steht:

Deutsche Gewerkschaftsvertreter in Rußland.

TU. Berlin, 14. Dezember

Die von der Presse verbreitete Nachricht, daß Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu Besprechungen über den Wiederaufbau Rußlands nach Petersburg reisen werden, wird von zuständiger Seite bestätigt. Wie die „Leitungspolitikor" erfährt, werden bereits in den nächsten Tagen deutsche Gewerkschaftsvertreter die Reise nach Petersburg antreten.

so muß man sich nicht wundern, wenn selbst die strafste Disziplin nicht mehr ausreicht, die Proletarier „im Interesse der sozialen Revolution" für den kapitalistischen Wiederaufbau einzuspannen.

Die KPD. hat zur einiger Zeit — sie verfällt bei der Rolle, die sie spielt, natürlich auf allerhand Tollheiten — in ihrer Zeitung eine große Ueberschrift gebracht, darin hieß es: „Reißt die Scheidewände nieder!" Es wird höchste Zeit, daß das revolutionäre Proletariat die Scheidewand aufrichtet zwischen sich und den „Aufbauparteien" aller Schattierungen. In Rußland werden sie bereits aufgerichtet durch die russische Regierung dadurch, daß man die Bourgeoisie aus den Gefängnissen herausholt und die revolutionären Proletarier einsperrt.

Mehr denn je ist es Pflicht des revolutionären Proletariats, das Lügengewebe zu zerreißen und das Banner der Revolution zu erheben. Und immer noch lautet der Schlachtruf:

Nieder mit dem Kapitalismus!

innerhalb des Kapitals, ganz andere sind. Das revolutionäre Proletariat steht heute vor der Aufgabe, die Theorie zur Praxis werden zu lassen. Und der Versuch, die Theorie in die Praxis umzusetzen, ist die beste Probe für die Theorie selbst. Denn jede Theorie, die nicht die praktische Verwirklichung in sich trägt, muß sich als eine Utopie erweisen.

Ein alter bekannter Satz der marxistischen Lehre ist: Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen des Sieges der Arbeiterklasse.

In den hochkapitalistischen Ländern ist nicht nur die Voraussetzung für die proletarische Revolution gegeben, sondern die Verhältnisse schreien geradezu danach. Die Proletarisierung macht rasende Fortschritte durch die riesige Kapitalskonzentration. Streiks in immer größerem Umfange sind an der Tagesordnung, und bei oberflächlicher Deutung des obigen Satzes kann leicht ein „Marxismus" zustande kommen, ähnlich dem der parlamentarischen Spielenschter, nämlich der, daß die immer mehr anschwellende und von den parlamentarischen Seiltänzern „gefütterte" Bewegung ganz von selbst dem Kapitalismus immer mehr Zugeständnisse abringt, daß das Kapitalsmotor der geschlossenen „Einheitsfront" mit Hilfe der „sozialen" Gesetzgebung der Kommunismus einmal allmählich werden könnte. Wir wollen von den Schursten absehen, die ebensogut wissen wie wir, daß dies Unsinn ist, und die dies nur sagen, weil dies ein ganz ehrliches Geschäft ist. Es ist ja doch nicht von der Hand zu weisen, daß bei großen Teilen der Arbeiterschaft diese Meinung vorhanden und tief eingewurzelt ist. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß das A und D der Politik von den Hirsch-Dunckerschen bis zur KPD. darin besteht, eben die kapitalistische Regierung durch einen „Druck" zu Zugeständnissen zu zwingen. International ist das Bestreben der 3. Internationale bekanntlich dies, daß das Proletariat in allen Ländern einen „Druck" auf seine Regierungen ausüben soll. In seiner letzten Konsequenz bedeutet das nichts mehr und nichts weniger, als daß erstens die internationale Kapital erst Rußland mit Maschinen versorgen soll, und, wenn dies geschehen ist, daß dann das internationale Kapital durch den „Druck" der Arbeitermassen selbst seinen Bankerott erklären und durch den „Druck" den Kommunismus aufbauen soll. Die Arbeiterklasse hat bei der ganzen Geschichte anscheinend weiter nichts zu tun, als „einig und geschlossen" zu „drücken" und sich, weil das Kapital eben kapitalistisch und nicht kommunistisch ist, trotzdem nicht „provozieren" zu lassen. Da nun aber der Kapitalismus die Herrschaftsform der Bourgeoisie ist, die Bourgeoisie trotz des „Drückens" oder gerade deswegen ihre Position stets festhält, läuft die ganze Drückderneserei darauf hinaus, daß verzweifelnden „Druck" um Zugeständnisse ausübt, der infolge seiner Macht am längsten zu essen hat, und daß der andere immer mehr bluten muß und zu Boden gedrückt wird.

Diese Methode des „Drückens" muß sein und ist ein Mittel bei einem sich erfreuenden aufblühenden Kapitalismus. Und sie liegt sogar im Interesse des Kapitals selbst, weil das Kapital, dessen Triebkraft und Zunder

ment die Erzeugung von Mehrwert ist, dazu auch ein Proletariat gebraucht, das geistig und körperlich so auf der Höhe ist, wie es das Kapital bei einer auf der Höhe stehenden Industrie gebraucht. Aber ein Mittel zur Beseitigung des Kapitalismus ist dies bestimmt nicht, weil damit der Kapitalist als derjenige angesehen wird, dem innerhalb der Gesellschaft diese Pflichten obliegt, für die Arbeiter zu sorgen, und solange Lohnerhöhungen das Ziel des Klassenkampfes bleiben, solange wird durch Forderung von Lohnerhöhungen der Kapitalismus ausdrücklich anerkannt. Der wirklich revolutionäre Klassenkampf des Proletariats beginnt erst in dem Moment, wo der Gedanke im Proletariat lebendig wird, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine Aeltung gibt. Und daß ferner der Kapitalismus in seiner Lebenskrise nur weiter existieren kann, wenn er die Grenzen für die „Kämpfe" um Lohnerhöhungen immer enger steckt, und das Proletariat, soweit er es in seinen Kampfformen (Kriege usw.) nicht begünstigt und schwächt, in die Barbarei zurückwirft.

Große Teile des Proletariats stehen in der entscheidenden Stunde verwirrt und entäuscht. Sie sehen das Versagen ihrer „Riesenorganisationen" und können sich die Ursachen nicht erklären. Sie stehen im Bann der bürgerlichen Geisteswelt, und in Ermangelung der klaren Erkenntnis wissen sie keinen anderen Weg als den der Einheitsfront der Passivität. Dieser Bann kann nur gebrochen werden durch Aufzeigen der konkreten Aufgaben der proletarischen Revolution in bezug der Methoden sowohl als auch des Zieles. Doch darüber das nächste Mal.

Die Sünneesierung der Eisenbahnen

„Die Eisenbahnen müssen wieder in rentable Betriebe umgestaltet werden!" Unter diesem Motto begann der Zeitung für die Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbesitz. Die Regie der Propaganda für diese „Idee" klappte wunderbar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die klassifizierte offiziöse Zeitung des heiligen Deutschen Reiches, eröffnete den Reigen.

„So kann nicht länger verantwortet werden, daß das Reich und die öffentlichen Körperschaften sich noch weiter mit Betriebsverwaltungen herumschleppen, die ihnen und damit den Steuerzahlern keine Vorteile, sondern eine unendliche Last bedeuten. Es kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen.

Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich juristische Person in die Wege leitet.

Die Industrie mit Vorschläge auszuarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß.

Die Entlassung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung nach noch in wirtschaftlicher Beziehung vollen Nutzen finden, kann nach Aufassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen, die machen es sich und nach ihrer deutschen Lage die zweckmäßige Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen."

Sofort setzten die anderen Sinnesblätter („Der Tag", „Berliner Lokalanzeiger", „Rheinisch-Westfälische Zeitung" usw.) ein. „Die Auslieferung der Eisenbahn an die Schwerindustrie sollte das Ziel sein, mit dem das Reich sich die „Kreditfähigkeit der Industrie" erkaufen könnte. Die parlamentarischen Parteien werden sich sofort in ihre halsgefährliche Helferrolle und schädigen der Industrie die berüchtigte „Kismais" entgegen. Und als dann die Gewerkschaften mit ihren 9 Millionen Mitgliedern auf den Plan traten, und zu dieser Frage wieder einmal 10 Punkte formulierten, da konnte der Jubel des „Vorwärts", der „Freiheit" und der „Roten Fahne" keine Grenzen. Triumphierend rief die „Rote Fahne" aus: „Die Vorschläge der Gewerkschaften treiben den kapitalistischen Staat in seinen Wurzeln. Die Gewerkschaften haben gesprochen. Die Arbeiterschaft ist aufgerufen. Die Kommunistische Partei ist bereit, ihre ganze Kraft für die Erkämpfung dieser Forderung einzusetzen. Aus dem stolzen Ultimatum der Industriellen ist nun eine ganz kleinlaute Bitte an die Gewerkschaftsführer geworden."

Was war eigentlich geschehen? Wie lauteten denn die Forderungen der Gewerkschaften: „Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlich zu gestalten. Entbureaukratisierung derselben." Als Hauptforderung des Tages wurde verlangt, die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Es sind wirklich keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Vorschlägen der Industrie und der Gewerkschaften zu finden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sah auch klarer wie die „Rote Fahne". Sie erklärte, daß die Unterschiede zwischen ihren Vorschlägen und denen der Gewerkschaften nicht so groß seien, als daß sie nicht auszugleichen sind. „Gehen wir uns also an den Verhandlungstisch", rief sie aus. Und man sehe sich an den Verhandlungstisch und einigte sich. Als das bekannt wurde, verfiel die „Rote Fahne" in Hysterie. „Das haben wir schon von vornherein gesagt, daß die Gewerkschaftsführer die Massen wieder verraten werden." Sie hatte das zwar nicht von vornherein gesagt, sondern das gerade Gegenteil, aber die „Rote Fahne" hat doch immer recht! Ueber das Ergebnis der Verhandlungen drang zunächst nichts an die Oeffentlichkeit. Man hatte noch Erwägungen in den verschiedenen Instanzen an.

Mittlerweile fuhr Stinnes nach London, um den internationalen Kuhhandel mit der Haut des deutschen Proletariats perfekt zu machen. Er versuchte dort unter anderem, amerikanische Finanzleute an der Gründung einer internationalen Eisenbahngesellschaft zu interessieren, die die Aufgabe haben soll, sämtliche Eisenbahnen Europas zu übernehmen und sich hauptsächlich dem Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes widmen soll. Die Materiallieferungen sollen der deutschen Industrie überlassen werden, die am billigsten liefern kann, da der deutsche Arbeiter gegenwärtig der Kuli der Welt ist. Stinnes wies darauf hin, daß die Vorarbeiten dazu in Deutschland bereits getroffen würden, indem man die Staatseisenbahnen in eine deutsche Eisenbahngesellschaft verwandeln würde.

Ueber die deutschen Pläne von Stinnes äußerte sich zu B. Direktor Kramer, einer seiner Vertrauten: Stinnes denkt sich das in form einer Reichseisenbahngesellschaft, einer Organisation, vielleicht ähnlich der der Reichsbank. Unter Umständen wäre auch an eine Form des Besitzes zu denken, bei der dem Reiche 51 Prozent und der deutschen Wirtschaft 49 Prozent gehörten. Auf eine Zarifschaft würde das Reich niemals verzichten können." Und wie ist es mit der Konkurrenzfrage zwischen der Großindustrie und den Gewerkschaften geschlichen wurde? Herr Gilsler, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, sagte darüber folgendes:

„Es ist erstrebenswert, die Bahnen künftig zwar nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, aber unter Berücksichtigung eines Vergleiches von Einnahmen und Ausgaben zu führen. Das soll durch das Eisenbahnfinanzgesetz erreicht werden, nach dessen Entwurf die Reichsbahn verselbständigt und der unmittelbaren Einwirkung der gesetzgebenden Faktoren entzogen wird, so daß der Minister nur für die Einhaltung der Gesetze und die Erfüllung der allen Bahnen obliegenden Pflichten dem Reichstag verantwortlich ist. Auf dem Gebiete des Personalwesens soll ein eigenes Eisenbahnarbeitsgesetz, unter Zeitstellung der Schlichtungsausschüsse, eine wirtschaftliche Personalentwicklung herbeigeführt werden."

Die offiziellen Mitteilungen des Reichsverkehrsministeriums besagen, daß der Gesetzentwurf folgende Bestimmungen enthalten wird:

1. Loslösung vom Reichsfinanzministerium und aus der Zuständigkeit des Reichstags.
2. Große Vollmachten des Reichsverkehrsministers, der sogar selbständig Tarife verordnen kann.
3. Schaffung eines Stabsoffizier Verwaltungsrates, davon werden 6 vom Reichstag, 6 vom Reichswirtschaftsrat, 6 vom Personal entsandt, 12 vom Reichspräsidenten ernannt.
4. In diesem Verwaltungsrat, in dem das Privatkapital großen Einfluß hat, sollen alle Tariffragen, überhaupt alle Finanzfragen, alle Fragen der Personalentlassung erledigt werden.
5. Man will zwar „zunächst" noch nicht am öffentlich-rechtlichen Charakter des Beamtentums „rütteln", aber ihn doch faktisch durch Einstellung von qualifizierten Angestellten aus anderen Berufen durchlöchern.
6. Der selbständige Haushalt der Reichsbahn wird in einen ordentlichen und in einen außerordentlichen Haushalt zerfallen. Der ordentliche Haushalt umfaßt die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Betriebes einschließlich der Unterhaltung und Erneuerung des Betriebsapparates. Die außerordentlichen Haushalt sind alle Ausgaben für die Erweiterung des Unternehmens zugewiesen. Die völlige Loslösung von der allgemeinen Reichsfinanzverwaltung geht u. a. aus der Bestimmung hervor, daß die Ausgaben des ordentlichen Haushalts durch dessen Einnahmen gedeckt werden müssen, und daß vor der Reichsbahn neue Zuschüsse gegeben werden, noch Ueberschüsse an diese abzuführen sind. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts sind durch Anleihen zu decken. In Erfüllung des Artikels 92 der Verfassung wird das selbständige Reichsbahnunternehmen aus Rücklagen, reinen Ueberschüssen und eigenen Zinsen einen Rücklagefonds von 10 Milliarden Mark bilden, der zur Deckung von unvorhergesehenen Zuschußbedarfen des ordentlichen Haushalts dient. Die Ueberschüsse des ordentlichen Haushalts fließen zunächst in den Rücklagefonds, bis dieser auf 10 Milliarden angewachsen ist; weitere Ueberschüsse dienen zur Schuldentilgung. Auch die Reichseisenbahnschuld wird von der Reichsschuld völlig getrennt verwaltet werden.

Man sieht, ein voller Sieg des Großkapitals. Der Kommentar der „Freiheit" zu dieser Meldung ist bündig. Sie schreibt: „Die Gestaltung des Reichseisenbahnnetzes durch ein besonderes Gesetz und seine Loslösung vom allgemeinen Reichshaushalt, die durch das Eisenbahnfinanzgesetz herbeigeführt werden soll, entspricht den Bestimmungen der Reichsverfassung. Auf das besondere Eisenbahn-Aktiengesetz wird sehr sorgfältig zu achten sein. Die Organisationen der Eisenbahner werden nicht verfehlen, ihr mitentscheidendes Wort schon bei der Vorbereitung des Gesetzes in die Wagschale zu werfen."

Das ist die kleinlaute Bitte der Industriellen an die Gewerkschaftsführer, das sind die Vorschläge der Gewerkschaften, die den kapitalistischen Staat in seinen Wurzeln treffen.

Die ersten Folgen der Stinnesierung der Staatsbetriebe machen sich jetzt schon bemerkbar. Direktor Zehrgensel hat bei Post ein Paket 8 Marke.

Wie kann nun das Problem „Eisenbahnen privat werden" den kapitalistischen Staat in seinen Wurzeln treffen.

Die ersten Folgen der Stinnesierung der Staatsbetriebe machen sich jetzt schon bemerkbar. Direktor Zehrgensel hat bei Post ein Paket 8 Marke.

Wie kann nun das Problem „Eisenbahnen privat werden" den kapitalistischen Staat in seinen Wurzeln treffen.

Die Kommunist. Arbeiter-Partei Deutschlands
(Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin)

veranstaltet am 15. Januar 1922 in der „Stadthalle", Klosterstraße, eine

Gedenkfeier
zur Erinnerung der gefallenen Klassenkämpfer.

Mitwirkende: Gemischter Chor Groß-Berlin, Chormeister Herr Scherchen.

Ernst Friedrich, Genossin Göhlsdorf-Leipzig.

Eintrittskarten zu 5 Mk. sind bei allen Funktionären zu haben.

Der Überschuß ist für die politischen Gefangenen bestimmt.

Politische Rundschau
Also sprach Wirth

Wirth, der vor ganz kurzer Zeit noch nichts sagen durfte, darf jetzt wieder wenigstens etwas sagen. Man wollte für die nächsten Reparationsauszahlungen etwas pumpen. Das ist jedoch nichts geworden. England hält die Taschen zu. Im übrigen soll im Januar und Februar bezahlt werden. Wo nun hernehmen und nicht stehlen?

Von der Notwendigkeit zur Freiheit

Von Henriette Roland-Holst.

(Uebersetzung aus „Werkers Dreadnought".)

In seiner Schrift über den Ursprung der Familie entwirft Friedrich Engels*), gestützt auf die Forschungen des Engländers Morgan, ein lapidares Bild der kommunistischen Urgesellschaft. Die Sitten und Gebräuche dieser auf Blutsverwandtschaft beruhenden Stammesgesellschaft sind bis ins 19. Jahrhundert unter nordamerikanischen Indianervölkern lebendig gewesen. Mit einem Blick auf die Zukunft der Menschheit sagt Engels, daß die kommunistische Gesellschaft in höherer Form die Erneuerung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der primitiven Stammesgesellschaft bringen wird.

Gleichheit herrschte in dieser Urgesellschaft. Brüderliches Fühlen verband ihre Mitglieder untereinander, deren jeden gestützt darauf persönliche Würde in hohem Grade besaß. Diese Gleichheit, Brüderlichkeit und persönliche Würde wird der Kommunismus zu neuem Leben erwecken.

Die Menschen der alten Stammesgesellschaft waren frei. Sie kannten noch keine Klassengegensätze, keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Wohl war das Leben oft hart; denn die schwach entwickelte Produktivität der Arbeit machte die Menschen in großem Maße abhängig von der Natur. Es herrschten oft Hunger und Not. Aber dennoch waren alle untereinander frei; es gab keine Knechtschaft. Allerdings: Freiheit ist der unbegrenzten Bedeutung des Wortes hat niemals existiert und wird es auch nie geben, weil solche „Freiheit" mit gesellschaftlichem Leben überhaupt unvereinbar ist. Es hatte denn auch in der Stammesgesellschaft jeder die ganze Fülle persönlicher Freiheit für die Gesamtheit zu sorgen. Jeder gab es keine Einzelmacht und besaß keine Gehilfen und keine Vasallen, doch wurden die Sitten und Gebräuche von allen beobachtet. Diese Einrichtungen waren konkretisiert. Die Arbeit der Mehrheit entspricht über Krieg und Frieden. In der Regel wurden alle Gebrechen in öffentlichen Versammlungen gehört, und die gut Gesinnung herbeiführen Fragen waren durchschnittlich einfach, weil es keine scharfen entgegengesetzten Interessen gab.

Gleiche Pflichten.

Die alte, auf der wirtschaftlichen Gleichheit beruhende Freiheit gibt in der kommunistischen Gesellschaft wieder auferstehen. Jeder wird arbeiten müssen; keiner wird auf Kosten der Gesamtheit faulenzen dürfen. Erst wenn sich der Mensch im Verlauf der Entwicklung der Kommunismus an das neue soziale Leben vollständig gewöhnt hat, wenn die Arbeit für die Gesamtheit ihm etwas Selbstverständliches geworden ist, wird er von allem Zwang befreit sein. Bis dahin wird die Gesellschaft sich gegen alle Menschen zur Wehr setzen müssen, in denen noch die Gewohnheiten und Gedanken der alten Ordnung lebendig sind. Aber in keinem Stadium der Entwicklung des Kommunismus werden Unterschichten und Ausgebeutete gesellschaftliche Pflichten aufgezwungen werden. Das ist die Freiheit, der Engels meint. Es wird nicht geerbeitet werden, damit ein kleiner Teil unerschlichter Finanzmagnaten und großer Kaufleute unermeßliche Reichtümer anhäuft, sondern nur um die Bedürfnisse der Gesamtheit zu befriedigen.

Höhere Freiheit.

Es wird die Freiheit der Stammesgesellschaft im Kommunismus in einer höheren Form zurückkehren. Der Urmensch war von der Natur äußerst abhängig, deshalb fürchtete er übergläubisch jede außergewöhnliche Erscheinung. Die kommunistische Gesellschaft wird in die Entwicklungsgesetze der Natur weiter eindringen und sie in immer größerem Maße beherrschen.

Und nun zur Brüderlichkeit. Sie war stark ausgeprägt in der Urgesellschaft. Jeder fand sich und seine Interessen in den Kameraden wieder. Die Erzeugnisse der gemeinsamen Arbeit (Jagen, Fischen, Ackerbau) wurden brüderlich geteilt; niemand trachtete den anderen zu übervorteilen. Gastfreundschaft, Barmherzigkeit, Gastfreiheit und Treue gegen die Kameraden in Not und Gefahr waren nicht nur in der kapitalistischen Gesellschaft inbesondere Eigenschaften, sondern sie wurden gegenseitig durch „ernste unwiderstehliche Gebote". Nur die Jahrtausende des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Klassenkampf und die Ausbeutung sind es, die die Menschen zu solch herzherzigen Geschöpfen gemacht haben. Doch sie trübig und tut das Elend von Millionen Menschen ersichtlich lähmen und jagen auf Mangel und Elend peitschen, um daraus neue Profite zu ziehen.

Gleichheit der Interessen.

In der kommunistischen Gesellschaft wird diese Herzherzigkeit Schritt für Schritt wieder erwachen und bei der heutigen Egoismus, den die kapitalistische Gesellschaft in uns hervorgerufen hat, wird verschwinden. Im Zeichen der „heiligen Liebe" gegeben heute Haß, Neid und Eifersucht. Wenn einmal die Klassengegensätze beseitigt sind, werden die seit unseier Zeit in den Menschen lebendigen sozialen Instinkte und Neigungen sich auf der Grundlage der neuen kommunistischen Produktion wieder frei entfalten. Das Interesse am Wachsen und Gedeihen der Gesellschaft wird alle Menschen einigen und sie die Erzeugnisse menschlichen Arbeit — aus den Händen einzelnen — allen zugute kommen werden, so wird sich auf der ökonomischen Interessengemeinschaft eine neue brüderliche Welt erheben. Die kommunistische Erziehung in Schule und Werkstatt — kameradschaftliche Hilfe der Schwachen durch die Starken — wird den sozialen Instinkten weiter zum Durchbruch verhelfen und ein Geschlecht erzeugen, das auf den alten Eigennutz und Neid genau so mit Verachtung und Scheu herabsieht, wie es die amerikanischen Eingeborenen taten, als sie die Europäer kennen lernten und wie wir heute auf die Kannibalen herabsehen. In der alten Stammesgesellschaft waren der Entfaltung der brüderlichen Gefühle enge Grenzen gezogen. Alle Bluts verwandten unterstützten sich und zeiteten einander brüderlich. Doch bestand zwischen den Stämmen Mißtrauen und Feindschaft. Die einzige Hundert starken Stammesgesellschaft war die Welt der Freunden, und die Fremden waren meistens Feinde. Kein brüderliches Gefühl gab es für sie, nur Mißtrauen, Grausamkeit und schreckliche Blutrache.

Brüderlichkeit.

Der Kommunismus wird die ganze Menschheit umfassen. Wenn die Gesellschaft wirtschaftlich zur Einheit geworden ist, werden alle Menschen Brüder sein. Wohl wird dies Ideal nicht von heute auf morgen verwirklicht werden, vielleicht wird es dazu jahrhundertelanger kommunistischer Entwicklung bedürfen. Aber jetzen wir nicht jetzen mit unserer Kultur bei der Weltgeschichte? Das Erwachen des Ostens, der Wiege der Menschheit, der Beginn des Aufstandes der asiatischen Millionen gegen britischen Imperialismus ist ein deutliches Zeichen. Der Kampf der Völker des Ostens in Bahn war ein erstes Morgendämmern der Vereinigung der Menschen des Ostens mit den Massen des Westens im Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeuter und Unterdrücker. Unter den asiatischen Völkern, die noch nicht die volle Auswirkung des modernen Kapitalismus erlitten haben, ist noch viel von dem alten Geist der Brüderlichkeit lebendig, der sich eins fühlt mit der Natur und der ganzen Welt. Der Kommunismus wird das Ursprüngliche und Brüderliche, das in der orientalischen Kultur noch lebendig ist, als wertvollen Bestandteil in das kollektivistische Bewußtsein der Menschheit hineinspinnen. Die Brüderlichkeit der kommunistisch produzierenden, denkenden und fühlenden Menschen wird die Fülle alles Lebenden gestaltenreich und dieses Gefühl der Einheit mit allem und jedem, die Extensivität eins zu sein mit dem Universum, wird die Religion des Kommunismus sein.

Persönliche Würde.

Und nun noch etwas über die persönliche Würde, die einst die Urgesellschaft auszeichnete und die in der kommunistischen Gesellschaft in höherer Form wieder aufleben wird. Ein ausgeprägtes, allgemein vorhandenes Gefühl persönlicher Würde kann nur dort gefunden werden, wo es weder Herren noch Diener gibt. Die Grundlage dieses Gefühls ist das Bewußtsein der sozialen Gleichheit. In einer Gesellschaft, die weder Rang noch Klassen kennt, wird ein Sich-anklammern an sozial höher gestellte Personen ebenso unmöglich, wie Stolz gegen Untergebene, und ein demütiges Kriechen Gewalt kann so wenig existieren, wie es hochmütiges, herablassendes Benehmen geben kann. Jeder fühlt sich als ein gleicher Kameradschaftlich. Darin liegt seine Würde. Und noch etwas kommt hinzu: Jeder einzelne ist sich bewußt, daß er alle Dinge ebenso gut versteht und verrichten könnte wie der andere. In der kapitalistischen Gesellschaft fühlt sich der Handarbeiter, der einfache Arbeiter und kleine Bauer als minderwertig im Vergleich zu den herrschenden Klassen. Die Eigenheiten und der allen ihr Wissen, ihre allgemeine und persönliche Bildung bedrückt sie. Wo das Proletariat mit Angehörigen der herrschenden Klassen in Berührung kommt, fühlt er, daß sie ihm an Selbstbewußtsein überlegen sind. Nur der in Freiheit aufgewachsene Mensch kann Selbstbewußtsein und persönliche Würde besitzen. Der Kommunismus wird allen Menschen vollend materielle Existenz gewähren und damit die Ursachen zweifacher Unterdrücken und geistigen Verkümmerung aus der Welt schaffen. Es wird jedem mit unserer Kultur das Gefühl persönlicher Würde zurückgeben und so die Beziehungen der Menschen veredeln.

Der zukünftige Kommunismus wird eine weit höhere Entwicklung der menschlichen Gesellschaft darstellen. Die neue Gesellschaft, die Erbin von Jahrtausenden, die in ununterbrochener Entwicklung der Menschheit erworben sind, wird aus Menschen bestehen, die, obgleich sie keine Individualitäten sind, doch mit starker Individualität ausgerüstet sind, wie noch nie zuvor. Wohl werden die Menschen untereinander ähnlicher sein in ihrem Wesen einander viel gleich sein, wie es in der Zeit der Stammesgesellschaft war. Aber trotz aller Differenzierung wird Freiheit, Brüderlichkeit und persönliche Würde die neue Gesellschaft ebenso kennzeichnen wie im Mangel an Freiheit und Würde in Erscheinung die Menschen der kapitalistischen Epoche charakterisiert worden sind.

*) Friedr. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. „Dietz" Stuttgart.

In Frankreich und England und auch in maßgebenden Kreisen" Deutschlands — maßgebend ist selbstverständlich die Großindustrie — ist man der Meinung, daß gespart werden müsse. Wenn man dies nicht selbst tue, so will man eben eingreifen, und man droht mit der Finanzkontrolle. Es scheint jedoch, als ob dies nicht nötig ist, denn Wirth sagt selbst:

Wer nun außenpolitisch irgendwie glaubt, daß der Tag der Erkenntnis, der gekommen ist, für die ganze Welt auszumünzen sei, der möge mit der Regierung dafür sorgen, daß folgende Maßnahmen möglichst bald zum Abschluß kommen:

Erstens, daß wir unsere Etats möglichst rasch verabschieden, zweitens, daß es sich in den Kommissionen, die sich mit der Frage der großen Reichsverwaltungen, Post und Eisenbahnen zu befassen haben, nicht mehr darum handeln kann, diese oder jene Anforderungen, etwa der Postgebühren, um einige hundert Millionen hinaufzuschrauben, sondern, wer auswärtige Politik treiben und dafür Verantwortung übernehmen will, der muß mit uns dafür sorgen, daß zunächst der Postetat und hernach der Eisenbahnetat balancieren. Um diese Aufgabe, unsere Reichsbetriebe auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen, kommt niemand herum, der ernsthaft Außenpolitik machen will. Sie kennen die großen Probleme, die aufgerollt worden sind, Sie kennen auch die Schlagworte, die Deutschland durchdrungen haben und die zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen führten, in dem Rufe von der einen Seite: Privatisierung der Eisenbahnen, worauf von der anderen Seite der Ruf erfolgte: Sozialisierung gewisser anderer Betriebe. Schon das Aufwerfen solcher Schlagworte zeigt, daß das Problem der Sanierung des Budgets der Post und der Eisenbahn und ihrer innern Gesundung so vordringlich geworden ist, daß wir auch bei einer außerordentlich günstigen außenpolitischen Lage nicht herumkommen, aber gerade in einem Augenblick, wo wir unter einem so gewaltigen außenpolitischen Druck gesetzt sind und wo vielleicht durch die Erkenntnis, insbesondere der Finanz- und Wirtschaftskreise der Welt, ein kleiner Lichtstraft am Horizont erkennbar ist, gerade in einem solchen Augenblick muß das Parlament ganz ohne Rücksicht darauf, ob es sich dadurch populär macht oder nicht, den Nachweis darauf legen, der Welt zu zeigen, daß wir entschlossen sind, unsere eigenen inneren Verhältnisse auf solche Finanzpolitik und wirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Wenn wir diese Aufgabe nicht erfüllen können, dann wird die Gegenseite für uns die allerungünstigsten Folgen ziehen.

Nun, Wirth mit seinen demokratischen und kommunistischen Tendenzen steht jetzt vor der Frage, wie man Milliardendefizit im Staatshaushalt beiseite schafft. Stinnes, der nicht im Auftrage der Regierung nach London fuhr, scheint dies zu wissen, denn er macht sehr konkrete Vorschläge, die zwar nicht neu sind, aber immer bestimmter werden. Die „DAZ." schreibt:

„Die politische Wirtschaft, die wir seit unserem Zusammenbruch getrieben haben und die wir heute noch treiben, ist dem Ziele einer inneren Gesundung unseres Staatswesens noch nicht um einen Schritt näher gekommen.

Man spricht jetzt vom „schlanken Staat" und davon, daß die Wirtschaft, d. h. die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sein Testament zu vollstrecken habe; die Wirtschaft, in den letzten Jahren leider Objekt für Experimente der Politik, wäre Subjekt der Politik. Damit aber wird aus dem Negativen ein Positives: „Entpolitisierung der Wirtschaft" wird notwendig — „Entwirtschaftung der Politik".

Politisierung — ein schönes Wort, wie's recht verfführt; eine dringlich notwendigkeit in der Zeit gerade für den bisher durchaus „unpolitischen" Deutschen. Was aber geschieht in punkto Politisierung? Sie ist im wesentlichen den Parteien überlassen. (In den höheren Schulen ist politische Propädeutik so lange unmöglich, unfruchtbar oder der parteipolitischen Ansicht des Lehrers ausgeliefert, als wir uns nicht — etwa auf dem Wege über die große Koalition — über die Basis dieses Unterrichts geeinigt haben.) Bis auf weiteres besorgen also die Parteien das Geschäft. Wie sie es machen, und was das Ergebnis ist, sehen wir jetzt parteipolitische Verhetzung mit allen Mitteln in Versammlungen, Versammlungen und Presse, und als Erfolg eine Zerrissenheit des Volkes, die es zur Ohnmacht verdammt. Auf Grund überhetzter Weltanschauungen, wie der materialistischen, werden Programme aufgestellt, die schon vor dem Druck veraltet, einem Drittel der Bevölkerungen widerwärtig und meist in allgemeinen Redensarten gehalten sind. Dieses Papier ist dann der Fetisch, zu dem man betet, wie die Materialisten die Materie, die Kommunisten die Masse, die Sozialisten die Gleichheit, die Demokraten die Freiheit, die Nationalisten die Nation, die Antisemiten die Rasse, die Christlichen die Religion, die Pazifisten den Frieden, die Pacifisten die Gewalt

die Kapitulation der Großgrundbesitzerklasse, den wirtschaftlichen Zugeständnissen. Der Grund liegt aber nur darin, daß die Großgrundbesitzerklasse eine sich auf dem absteigenden Ast der Entwicklung befindliche Klasse, eine abtretende Klasse war. Vom Weltstandpunkt aus ist aber die Arbeiterklasse die dem Gleise sich nähernde Klasse; von diesem Standpunkt aus ist die Bourgeoisie die sich auflösende, geschichtlich abtretende Klasse. Deshalb kann die Arbeiterklasse Rußlands sich auf die ökonomischen Zugeständnisse beschränken und politische Zugeständnisse der Bourgeoisie verweigern, da sie eine berechtigte Hoffnung hat, daß ihre Kräfte in russischem und im internationalen Maßstab schneller wachsen werden, als die Kräfte der russischen Bourgeoisie."

Dies ist eigentlich so stark, daß gar nicht heranzukommen ist. „Wenn die Bourgeoisie die Revolution hemmen will durch Staatskapitalismus, wird sie nicht aufhören, die herrschende Klasse zu sein." — — Was soll man zu solch einem Kauderwelsch überhaupt sagen? Es ist wahrhaftig nur eine Erklärung möglich, nämlich die, daß Kobek seine Sektionen mit der Bourgeoisie verwechselt. Denn daß er mit seinen Trabanten diese famose Arbeiterkontrolle und Staatskapitalismus den Proleten jeden Tag empfiehlt, muß er doch schließlich auch wissen.

Der Extrakt des ganzen Erguesses ist also der: Wer da die Revolution will, der hemme sie. Die nächste „Parole" wird also sein: „Es lebe die Konterrevolution, denn sie liegt im Interesse der proletarischen Revolution!"

Ins Stammbuch

Die russische Revolution und die Lakaien der Bolschewisten.

In Rußland finden wir neben der sich mit Fieberhast entwickelnden kapitalistischen Ordnung und dem sich erst bildenden bürgerlichen Grundeigentum die größere Hälfte des Bodens im Gemeinseigentum der Bauern. Es fragt sich nun: Kann die russische Bauerngemeinde, diese allerdings schon sehr zersetzte Form des urwüchsigen Gemeineigentums am Boden, unmittelbar übergehen in eine höhere kommunistische Form des Grundeigentums, oder muß sie vorher denselben Auflösungsprozeß durchmachen, der sich in der historischen Entwicklung des Westens abspielte? Die einzige, heute mögliche Antwort auf diese Frage ist die folgende:

Wenn die russische Revolution das Signal zu einer Arbeiterrevolution im Westen wird, so daß beide einander ergänzen, dann kann das heutige russische Gemeineigentum zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.

(Karl Marx 1882. Vorrede zur russischen Uebersetzung des Kommunistischen Manifestes.)

* * *

Bleibt die deutsche Revolution aus, so bleibt die Alternative: revolutionärer Untergang oder schimpfliches Scheinund Trugleben — auf eine vom Imperialismus, ihrem blutigsten Feind und Verächter gewährte Gnadenfrist (beschönter Selbstmord). Hier hören „Neutralitäten" und „Symptome" auf. Kann es jemand geben, der an das zweite denkt (d. h. an das schimpfliche Schein- und Trugleben. Die Red.) Er müßte bis ans Ende der Welt am Pranger stehen. Ein Kain und ein Judas würden ihn anspeien.

Wie sind taktisch so wenig verknüchert wie einer. Aber hier ist eine klare Grenze.

(Karl Liebknecht 1918 aus dem Zuchthaus heraus, als die Russen die erste Konzession an den Kapitalismus machten, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk.)

* * *

Noch kann ich nicht glauben, daß Lenin, Trotzki keine internationalen prinzipiellen Sozialisten, sondern russische Friedenspolitiker und Demagogen sind, und für den russischen Augenblickserfolg einer vorübergehenden Erhaltung ihres Regimes ins Lager des deutschen Imperialismus desertieren, den Kämpfenden deutschen Sozialisten und der ganzen Internationale in den Rücken fallen und den Scheidemann-David-Schuften die Ernte einbringen helfen . . . .

Der infamen Ausnutzung der russischen Revolution für die Zwecke der Mittelmächte muß mit allen, aber auch allen Mitteln entgegengewirkt werden.

(Karl Liebknecht 9. Dezember 1917 aus dem Zuchthause heraus. Brief an seine Frau Sophie Liebknecht.)

* * *

„Eine Allianz der Bolschewisti mit dem deutschen Imperialismus, wäre der furchtbarste moralische Schlag für den Internationalismus überhaupt, der ihn noch weiter zurückwerfen könnte. Rußland wir der einzige letzte Winkel, wo revolutionärer Sozialismus, Reinheit der Grundsätze, ideale Güter noch einen Kurs hatten, wohin sich die Blicke aller ehrlichen sozialistischen Elemente in Deutschland wie in ganz Europa richten, um sich von dem Ekel zu erholen, den die Praxis der westeuropäischen Arbeiterbewegung hervorruft, um sich mit Wut zum Ausharren, mit Glauben an ideelle Werke, an heilige Worte zu wappnen. Mit der grotesken „Poesie" zwischen Lenin und Hindenburg (heute Stinnes; D. Red.) wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht. Es liegt auf der Hand, daß die deutschen Wachthuber der Sowjetregierung die Pistole auf die Brust setzen und ihre verzweifelte Lage ausnutzen, um ihr diese ungeheuerliche Allianz aufzuzwingen. Wir wir hoffen, daß Lenin und seine Freunde um keinen Preis nachgeben werden, daß sie dieser Zumutung gegenüber ein kategorisches: Bis hierher und nicht weiter! zurufen werden.

Sozialistische Revolution auf deutschen Bajonetten stützend, proletarische Diktatur unter der Schirmvogtei des deutschen Imperialismus — das wäre das ungeheuerlichste, was wir noch erleben könnten. Und obendrein wäre es — reine Utopie.

Jeder politische Untergang der Bolschewiki in ehrlichem Kampfe gegen die Uebermacht und Ungunst der geschichtlichen Situation wäre diesem moralischen Untergang vorzuziehen."

(Rosa Luxemburg 1918 anläßlich des Brest-Litowsker Friedensvertrages.)

Ausland

Rußland

Die neue Wirtschaftspolitik und der Außenhandel.

(Korr. Wien.) „Ökonomischeskaja Schizn" vom 26. November beschäftigt sich mit der Frage, wie die neue Organisation des Außenhandels beschaffen sein müsse.

„Die neue Wirtschaftspolitik verlangt, daß der Staat alle Unternehmungen in seinen Händen behalte, die er leiten könne. Da der Staat nicht imstande ist, die kleineren und mittleren Unternehmungen zu führen, sind wir gezwungen, unsere Zuflucht zum Privatkapital zu nehmen."

Wie steht es nun mit dem Außenhandel?

Der Außenhandel war schon in vorrevolutionärer Zeit zentralisiert, und zwar in den Händen einiger Aktiengesellschaften und Banken. Dies konnte auch gar nicht anders sein, denn die europäische Bourgeoisie war in Konzernen, Aktiengesellschaften vorzüglich organisiert und es versteht sich, daß die russische Bourgeoisie ihnen gleichfalls eine organisierte Macht entgegenstellte. So hat diese Entwicklung des Außenhandels die Voraussetzung für seine staatliche Leitung geschaffen.

Warum konnte das Volkskommissariat für Außenhandel dieser Aufgabe nicht ganz gerecht werden?

Der Grund lag darin, daß es sich einen Apparat schaffen mußte, der auf alle möglichen wirtschaftlichen Organisationen Rücksicht nehmen sollte. Die Folge war, daß er sich als zu schwerfällig erwies.

Den hauptsächlichsten Mangel des Volkskommissariats bildete sein Universalismus. Es sollte alles verkaufen und alles kaufen: Eier, Raphthe, Heinen usw. Alle diese Artikel mußte es genau kennen, sonst war ein Handel nicht möglich.

Der zweite Mangel lag in der Kompliziertheit der Operationen. Denn das Grundkapital schufen andere Unternehmungen, und sie schufen es so, wie es ihnen beliebte und dort, wo es ihnen genehm war. Ausländische Niederlagen hatten wir beinahe gar keine.

Der dritte Fehler bestand darin, daß das Rentabilitätsprinzip vollkommen fehlte.

Alle diese Nachteile ergaben sich daraus, daß das allgemeine organisatorische Prinzip der Zentralisation bis zur Sinnlosigkeit von unseren Unternehmungen angewendet worden war.

Alle diese Mängel verschwinden in dem Augenblicke, in dem wir den Zentralismus um jeden Preis aufgeben und ihn durch das Prinzip der kaufmännischen Wirtschaftsführung ersetzen. Wenn wir beim Prinzip der Zentralisation genähigt waren, neue Bahnen zu beschreiten, so finden wir bei der neuen Wirtschaftspolitik in der kapitalistischen Welt Beispiele für den Aufbau der Organisation. Das erste, was wir bemerken, ist die weitgehende Spezialisierung der Exportgeschäfte. Das zweite ist, daß jedes Unternehmen, ohne Rücksicht darauf, ob es zu einem Trust gehört oder nicht, in seinen Operationen selbständig ist.

Wir sind davon überzeugt, daß wir den Außenhandel in unseren Händen behalten können, wenn wir eine staatliche Organisation aufbauen, die imstande ist, den Warenhandel in unserem Sinne zu entwickeln.

Dafür gibt es zwei Wege. Der erste besteht darin, staatliche Export- und Importgesellschaften mit entsprechendem Kapital zu schaffen. Der zweite besteht darin, die Staatsbetriebe zu transformieren und auf diese Weise diese Unternehmungen in Abhängigkeit vom Staat zu bringen. In beiden Fällen werden unsere Interessen, die darin bestehen, daß blos notwendige Gegenstände importiert und daß nur in Länder exportiert werde, die für uns von Bedeutung sind, gewahrt werden."

*

Es ist notwendig, die Aktionen, die in diesen Projekten liegen, zu zerreißen. Es gibt eben im kapitalistischen Staat keinen „sozialisierten" Außenhandel. Und wenn in Rußland innerpolitisch der freie Handel blüht und das internationale Kapital seine Domänen aufrichtet, so wird es noch mit aller ohne Regierung den kapitalistischen Außenhandel noch rein kaufmännischen Grundsätzen zu regeln wissen.

Die Arbeiterbewegung der Neger entfaltet einen revolutionären Charakter

Man kann sagen, daß die Schreden des Klassenkampfes, wie sie während des Bergarbeiterausstandes in West-Virginien und während des Gesetzes um die „weiße Oberherrschaft" in Tulsa, Oklahoma gewütet haben, drei bestimmte Richtungen von Reaktionären und diesen entsprechenden Arten und Weisen der Handlung gezeitigt haben. Die älteste Organisation zum Schutze allgemeiner Negerinteressen ist die Nationale Vereinigung zur Förderung von Negerinteressen. Diese Organisation besteht aus Gebildeten und Geschäftsleuten der Neger, nebst einer Anzahl weißer Journalisten, Politiker und Philanthropisten. Die Organisation erstreckt die öffentliche Sympathie für das Negerproblem überall zu werben. Durch ein gut organisiertes Bureau wird versucht, etwaige Ausschreitungen gegen die Person oder das Eigentum von Negern, gegen deren Bürgerrechte zu unterschlagen und von der Regierung bestimmte Sühne und Entschädigung zu fordern. Weiter wie blos geht diese Neger-Vereinigung nicht. Eine weit größere Neger-Organisation der Welt ist die „Allgemeine Neger-Vereinigung für Fortschritt und Ausbildung", an dessen Spitze der weltberühmte Neger-Schriftsteller und Verleger Marcus Garvey aus Britisch-Westindien steht. Das Ziel dieser Vereinigung, die erst seit drei Jahren besteht und trotzdem jetzt schon gegen Millionen Mitglieder zählt, ist ein „freies" Afrika. Sie haben sich eine Fahne und ein Nationalkostüm zu eigen gemacht, die aus rot-schwarz-grün, parallel laufend, bestehen. Eine Dampferflotte, bestehend aus sechs Schiffen, benannt nach Schriftstellern und Dichtern der Neger, die den Namen „Schwarzer-Stern-Linie" führt, verkehrt schon zwischen New York, Liberia, Jamaika und der Nordküste von Südamerika.

Wenn man das Mitglieder der N. A. A. f. F. u. A. in eine Diskussion über das Klassenkampf verwickelt, bekommt man keine blaße Ahnung des heißen Aufbaues des Jahrhunderte alten Rassenhaß in Amerika über Nacht anzeigen könnte. Sie weisen auf die harte Mauer der Opposition hin, welche der Südkontinent jeder fortschrittlichen Idee entgegenhält. Garvey selbst, der zugibt, daß die Rassenfrage im Grunde wirtschaftlicher Natur ist, behauptet, daß ein etisches Vorurteil einen weiteren mächtigen Faktor bildet, welchen kein Kriegsbilde der menschlichen Gesellschaft auszurotten kann, selbst nicht Erziehung und Bildung, weil eben oft Erzieher und gebildete Menschen die Rassenvorurteile verpflanzen.

Natürlich ist der Fehler in dieser Denkweise nicht das Streben nach einem freien Afrika; wer Freiheit erstrebt, sollte sie erlangen, und niemand wird die Bekämpfung Garveys ablehnen, daß Rassenhaß, wie jedes Element menschlichen Bewußtseins, Unger fortbesteht als die Bedingungen, welche sie hervorgerufen und aufrechterhalten haben. Aber gerade wie die ihres Kopfes beraubte Schlange stirbt und die an Heizmaterial erschöpfte Lokomotive zu arbeiten aufhört, ebenso muß das Rassenproblem, seiner wirtschaftlichen Grundlage beraubt, aus dem amerikanischen Leben schwinden.

In der Garveybewegung liegt dieselbe Gefahr wie in der Sinnlosen und zionistischen Bewegung, nämlich die, daß in der Flucht vor den Löwentatzen der ausländischen Kapitalisten, sie hoffnungslos in den Tigerrachen ihrer eigenen Kapitalistengruppe hineinrennt.

Die dritte Art der Neger-Auffassung und bei weitem die verbreiteste, insoweit als Ausdruck und Beurteilung des wahren Charakters des Problems in Frage kommt, wird vertreten von einer schnell sich ausbreitenden Gruppe, die sich „Der neue Neger" nennt, im Gegensatze zu den Schwarzen mit der ausgesprochenen Sklavennatur, den sie mit „Onkel Tom" oder „alten Neger" bezeichnen. Dieser „neue Neger" ist sowohl der interessantesse als der intelligenteste der schwarzen Rasse. Er ist der Typus der erwachenden Millionen der Arbeiterschaft in einer sich ändernden Welt von schwarzen und braunen Menschen. Das führende Organ dieses Rassenteiles ist die Zeitschrift „Messenger" (der Bote), herausgegeben in New York City von zwei jungen sozialistischen Negern, A. Chandler Owen und Philip Randolph. Obgleich diese beiden viel getan haben, die wirtschaftlichen Probleme der Arbeiten ihrer Rasse zu erklären, haben sie dennoch alle ihre Schwächen und Vorurteile, welche parlamentarisch- und gewerkschaftlich erzogenen Sozialisten anhalten, beibehalten.

Eine kleinere aber besser geräftete Kraft unter den farbigen Radikalen ist der „Crusader" (Kreuzfahrer), offizielles Organ der Afrikanischen Bluthrüderschaft, herausgegeben von einem revolutionär-klassenbewußten Neger, Cyril Briggs. Die Afrikanische Bluthrüderschaft ist eine Organisation, welche ursprünglich gebildet wurde, die Rasse gegen Waffenangriffe seitens ihrer Feinde zu schützen und die „Steinigung", laut dem alten Brauche des Gesetzschutzes, zu verhindern. Die Bruderschaft ergreift ihre Mitglieder zum Klassenkampf, funktioniert aber auch als Abwehrmilizi gegen Rassenangriffe. Sie verfechtet das Motto: Lieber eintausend Rassenkrawalle, als eine einzige Steinigung eines Negers!

Damit man aber nicht glaubt, daß es sich hier um Rassenbewußtsein handelt, sei hier der folgende Auszug aus ihrem Manifest (herausgegeben zur Zeit ihres letzten Kongresses in New York im August 1921) gegeben: „Neger der Welt; am Tage, an welchem die europäischen (!!) Arbeiter im bewaffneten Aufstande gegen die kapitalistischen Ausbeuter der schwarzen und weißen Arbeiter sich erheben, müssen wir darauf achten, daß nicht Negertruppen sich dazu hergeben, um als „weiße Garde" die aufsteigende Macht der proletarischen Revolution zu zertrümmern! In diesem Tage, Negergenossen, wird das Ziel der weißen Arbeiter das Ziel der schwarzen Arbeiter sein, das Ziel: ein freies Afrika, das Ziel: Europa befreit von kapitalistischer Herrschaft!"

Ueberall, im Westen sowohl als Südosten, in Pennsylvania-Philadelphia schließen sich die Negerarbeiter der großen „Eine Union"-Bewegung in bedeutender Anzahl an. Dabei haben sie als politisches Hauptmoment den Kampf um die Diktatur des Proletariats nicht vergessen. Diese Negerarbeiter, welche so stark den doppelten Druck des Klassen- und Rassenkampfes fühlen, sind die ausgezeichnetsten Propagandisten des internationalen Weltkampfes der organisierten Arbeit gegen die Tyrannei des Großkapitals.

In die arbeitenden Neger sehen es sehr wohl ein — wenn auch die bürgerliche Welt es zu verleugnen sucht —, daß das Neger-Problem in Wirklichkeit nur eine besondere Phase des internationalen Arbeiterproblems ist und mit der sozialen Weltrevolution auch seine Lösung finden muß und wird. Diese Tatsache wird jeder Schwarze oder Braune eingestehen, der weiß, daß nur an Orten, wo seine Rasse in großer Anzahl sich angesammelt und ein bedeutender Faktor im Arbeitsmarkte wird, das Rassenproblem beginnt.

Es muß schließlich auch darauf hingewiesen werden, daß es der „neuen Neger"-Bewegung gelungen ist, die alte falsche Lehre des Professors Booker T. Washington zu explodieren, daß das Rassenproblem einfach dadurch gelöst wird, daß man dem Neger Schulbildung gibt, ein Handwerk oder anderen Beruf erlernen läßt — in kurzem einen Klein-Bourgeois aus ihm macht. Die „neue Neger"-Bewegung zeigt vielmehr, daß im Gegenteil dieses Mittel das Rassenproblem noch verschlimmert, indem es den weißen Handwerkern, Studierten und Industriellen noch mehr Konkurrenten schafft und unter ihnen noch größeren Rassenhaß gegen die Neger weckt. Es zeigt auch, daß die wirtschaftlichen Wurzeln des Weltkrieges in dem Kampf um die Kolonien, meistens in Afrika gelegen, zu suchen wären, daß daher ohne sozziale Revolution ein paar Millionen verhungernder Neger ein freies Afrika nicht schaffen können, solange die vereinten Armeen der ganzen kapitalistischen Welt auf sie lauern, um sie zu zerfleischen und zu zerreißen.

Diese „neue Neger"-Bewegung ist in der Tat eine bedeutende Macht im Klassenkampfe. Nicht umsonst hähnen und klagen alle die, welche den Neger früher als Streikbrecher benutzt und die Staatsgewalt gegen ihn gehetzt haben. Möge ihr erfreuliche Fortschritt unserer revolutionären Neger-Genossen seinen unserer weißen Genossen die gebührende Nachahmung finden!

Genossen!
Die Opfer der demokratischen Justiz leiden bitterste Not. Laßt ihre Verzweiflungsschreie nicht ungehört verhallen!
Sammelt!

Mitteilungen

Achtung! Kassierer und Bezirkskassierer!

Karten zur Gedenkfeier werden nur noch bis zum 26. Dezember zurückgenommen. Der 5., 6., 7., 8., 11., 16., 17., 19., 20. und 21. Bezirk haben noch Kampfsonderkarten, der 5., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 16., 18., 19. und 21. Bezirk noch 4 M. Marken in Schecks. Die müssen unbedingt diesen Monat restlos abgerechnet werden. Alle Kassierer müssen zwischen Weihnachten und Neujahr abrechnen.

Der Hauptkassierer.

An alle Ortsgruppen.

Die gelesene Parteikorrespondenz Nr. 1 ist mit 40 Pfennig pro Exemplar abzurechnen auf Postscheckkonto Hans Upstmann Nr. 100000.

Soeben erschienen:

„Der historische Materialismus"

von Hermann Gorter.

Neue verbesserte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der deutschen und russischen Revolution.

Preis 2,— M. Geb.

Verlag der KPD., Berlin Landsberger Str. 6.

Verantwortlicher Redakteur: Hellmuth, Kopenik. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roster, Berlin, Alexandrinenstraße 119.

Nr. 255 — Preis 60 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 6 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 400 29. — Versand unter Streifband: für Berlin 10,— M. nach auswärts 12,— M., nach dem Ausland 20,— M. monatlich.

Die Atempause des Weltkapitals

Nur Arbeit kann uns retten! Das war die Parole aller Ordnungselemente, das war das Ziel aller derer, die die engstirnige Auseinandersetzung mit dem Kapital fürchteten, die an der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung interessiert waren, die in den Jahren Krieg und drei Jahren Revolution Berge von Proletarierleichen auftürmte. Sie waren und sind das Symbol dieser Ordnung.

Das Weltkapital hat dem Weltproletariat einen furchtbaren Anschauungsunterricht geboten. Noch mehr, es hat dem Weltproletariat gezeigt und tut dies weiter, unter welchen Bedingungen das Weltkapital seine Ordnung aufrechtzuerhalten gezwungen ist. Aber selbst, nachdem die entfesselten Produktivkräfte auf die direkte Vernichtung einer halben Welt eingesetzt waren und für das gesamte Weltkapital zu einer Katastrophe zu werden drohten, hat das Weltproletariat alles getan, um mit Hilfe des Weltkapitals die Verständigung des Weltimperialismus herbeizuführen. Das Weltproletariat hat getreu den Parolen der internationalen Handlanger die Wirkung dieser Todeskrise über sich ergehen lassen. Es hat selbst als Parole aufgestellt:

Kapitalisten aller Länder, verständigt euch!

Das Weltproletariat erblickte und erblickt heute noch den Weg zu seiner Befreiung im kapitalistischen Wiederaufbau.

Was ist leichter zu begreifen, daß, wenn das Weltkapital und das Weltproletariat auf alle Fälle die „Wiederherstellung" wollen, dieselbe kommen muß.

In Washington sind die Kapitalisten aller Länder versammelt, um über die Schwierigkeiten, über die Gegensätze, die zum Austrag drängen, zu sprechen. Mittel und Wege zu finden, die Austragung derselben hinauszuschieben. Um sich über die Aufteilung Chinas, Indiens usw. zu unterhalten. In London sitzen die ehemaligen „Feinde" zusammen, um sich über die Durchkapitalisierung Rußlands klar zu werden. Das Weltproletariat, das um den Preis dieser kapitalistischen Verständigung den Hungertriemen jeden Tag enger schnallt, Tausende seiner Klassengenossen jeden Tag wie die Hunde verrecken sieht, erhofft bessere Tage nach der kapitalistischen Verständigung. In Genua haben in einer Massenversammlung Proletarier beschlossen, keine Demonstrationen zu veranstalten, um ihre letzten Reste von Kleidern und Schuhen zu schonen.

Das Weltkapital hat eine Atempause erhalten.

Und was wird, was muß die Folge sein?

Das Weltkapital, dessen Triebkraft die Erzeugung von Mehrwert ist, kann diesen Mehrwert nicht mehr sichern durch die kapitalistische Produktion. Das Weltkapital kann seinen Profit nur sichern durch Herabsetzung des Reallohnes der Lohnarbeiter. Das Weltkapital kann seinen Profit nur sicherstellen durch Monopolisierung und riesige Konzentration aller vorhandenen Bodenschätze. Es kann seine Finanzkatastrophe nur aufhalten durch verschärfte, sich stets verschärfende Ausbeutung des Weltproletariats.

Das Weltkapital, das dieselben inneren Widersprüche noch in sich trägt, die zu seiner Todeskrise, zu seiner Katastrophe führten, kann die Produktion nicht mehr auf erweiterter Grundlage aufnehmen, weil durch die zwangsläufige Verarmung und Proletarisierung die Weltproduktion ständig eingeschränkt werden muß und immer größer werden. Das Weltproletariat hat sich in der Todeskrise des Weltkapitals als ein guter Verbündeter seines Klassenfeindes erwiesen, hat ihn durch furchtbare Entbehrungen eine Atempause verschafft. Doch das Weltkapital wird und muß dem Weltproletariat die Katastrophe bereiten.

Noch hat das Proletariat seine historische Aufgabe nicht erkannt. Noch erhofft es bessere Tage von seinem Klassenfeind, vom Kapital, die niemals kommen können. Denn das was kommen wird, kommen muß, wird trotzalledem ein Kinderspiel sein, gegen das was war.

Und alle Versuche, die harten Tatsachen zu umgehen, werden nur neue Beweise sein dafür, daß es nur einen Ausweg gibt:

Die proletarische Revolution.

Eine Fünfmächtekonferenz

(WTB.) London, 20. Dezember.

Ueber die heutige Konferenz verlautet noch: Lloyd George habe für Anfang Januar eine Fünfmächtekonferenz vorgeschlagen, zu der auch die Vertreter Rußlands und Deutschlands eingeladen werden sollten.

Der Mächtetrupp über Sowjetrußland

(WTB.) Paris, 20. Dezember.

Zu den Besprechungen der beiden Ministerpräsidenten erfährt der Korrespondent „Intransigeant" noch, daß man sich in der Hauptsache über Rußland unterhalten habe. Rußland ist für Lloyd George das Feld, auf dem Frankreich, England und Deutschland eine reiche Tätigkeit entfalten können, auch für die Amerikaner wäre in Rußland Gelegenheit zur Tätigkeit gegeben. Man sprach hauptsächlich von der deutschen Ausfuhr nach Rußland und einem Projekt zur Reorganisierung der russischen Bahnen, sowie der Abhaltung einer Konferenz aller Alliierten nach Rußland. Der französische Sachverständige Kuznet, der soeben aus Riga zurückgekehrt ist, hat wichtige Schriftstücke mitgebracht, die geeignet seien, die Darlegungen Lloyd Georges einer Prüfung zu unterziehen.

*

Die Stärke der Roten Armee

(Rosta) Moskau, 13. Dezember.

Trotzki berichtete am 12. auf der Konferenz der Roten Militärlehranstalten über die Rote Armee. Trotz schwierigster internationaler Lage haben wir die Rote Armee auf 1½ Million reduziert, deren Höchststand fünf Millionen 300 000 betrug. Unsere Armee im Verhältnis zu unserem Territorium ist achtzehnmal kleiner als die französische, unsere internationale Krisis liegt hinter uns, in allen anderen Staaten steht sie bevor. Alle, auch die „Sieger" werden schwächer, während wir uns kräftigen. Daher halten wir uns streng an die militärische Verteidigungspolitik.

*

Diese nüchternen Meldungen besagen nichts mehr und nichts weniger, als daß das internationale Großkapital vollständig Herr der Situation ist. Die „Finanzkontrolle" der Entente Deutschland gegenüber ist im Grunde genommen nichts weiteres, als das Kunststück der Kleinbourgeoisie, die für so großzügige Pläne, wie sie das Großkapital im Auge hat, derzeitig nicht in Frage kommt, weil diese Pläne nur um den Preis der Proletarisierung und Enteignung des Kleinkapitals in Angriff genommen werden können.

Die Reorganisierung der russischen Bahnen hat zur Voraussetzung die „Reorganisierung" der deutschen Bahnen, die durchgesetzt werden wird, die Stinnes schon in der Tasche hat. Von dieser rauhen Wirklichkeit betrachtet, ist die Meldung über die „Rote Armee" nur ein Beweis ihrer vollständigen Belanglosigkeit, die gar nicht werd wäre, zu beachten, wenn sie nicht zu dem Zwecke der weiteren Verwirrung des Proletariats in die Welt gesetzt würde.

Das Weltkapital selbst wird die Klassenkampffront aufrollen und alles Halbe und Unmögliche bei Seite schleudern. Das Weltkapital wird dem Weltproletariat durch seinen „Wiederaufbau" die Bedingungen aufzwingen, unter denen es seine Revolution durchführen muß.

Mitteilung.

Auf Beschluß des Zentral-Ausschusses und in Verhandlung zwischen Haupt-Ausschuß und Berliner Organisation wird die KAZ. von heute ab nur noch durch den Verlag der KAZ., Landsberger Str. 6, versandt. Alle Bestellungen sind von jetzt ab für die KAZ. auf das Postscheckkonto Berlin Group, Berlin NW 7 Nr. 400 29 eingetragen. Schecks müssen alle Bestellungen und Bedenungen für die KAZ. an die Adresse: Verlag der KAZ., Landsberger Str. 6, gerichtet sein.

Geschäftsführender Haupt-Ausschuß
Arbeits-Ausschuß Groß-Berlin.

Infolge der erhöhten Portogebühren beträgt der Abonnementspreis für die KAZ. vom 1. Januar 1922 ab monatlich für Berlin 18 M., für auswärts 19 M., für das Ausland 20 M.

Dienstag, den 27. Dezember 1921:

Allgemeine Funktionär-Versammlung für Groß-Berlin.

Näheres bei den Bezirksführern.

Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Revolution

II.

Die Methode des „Druckes" findet ihre Grenze natürlich nicht im parlamentarischen Rahmen. Sie ist sehr wohl geeignet, den parlamentarischen Rahmen zu sprengen. Der Geist der Rebellion, in bestimmten Situationen wachgerufen, ist sehr wohl geeignet, eine Bewegung über ihr ursprünglich gestecktes Ziel hinauszutreiben. Das letzte Mittel, den herrschenden Gewalten den Willen aufzuzwingen, ist die Besitznahme des Eigentums der herrschenden Klasse, Betriebsbesetzungen usw. In einer solchen Situation, in der das Proletariat von der Kapitalistenklasse nichts weiter verlangt als den Tod der Bourgeoisie als herrschende Klasse, ist, weil das Ziel des Kampfes stets ist, von der herrschenden Klasse etwas zu erzwingen und nicht selbst gegen die herrschende Klasse die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die kommunistische durchzuführen, die revolutionäre Krise unausbleiblich. Karl Marx kennzeichnet diese Situation in seinem unvergleichlichen achtzehnten Brumaire mit folgenden Sätzen:

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüme, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichte aufzuführen."

In einer solchen Situation türmen sich die Aufgaben des Proletariats als Klasse, die berufen ist, die kapitalistische Klasse zu stürzen, eine höhere Form der Gesellschaft, die kommunistische Gesellschaftsordnung aufzurichten, riesengroß auf. Der Zusammenbruch muß unter diesen Umständen unausbleiblich sein, weil das Proletariat nicht für dieses Ziel kämpfte, und weil der Kampf um das Ziel, um das das Proletariat kämpfte, sich als eine Utopie erweist.

Die Voraussetzungen, die Mittel, mit welchen das Proletariat seine Energie konzentrieren kann, sind seine Organisationen. Und die Gründe, warum das Proletariat unter dieser Voraussetzung und mit diesen Mitteln ein ein utopisches Ziel kämpft, ist eben die Vorstellungswelt, die Ideologie des Proletariats, die noch stark und fast unerschütterlich auf das Proletariat einwirkt. Trotzdem die Gründe, die zur Bildung dieser Ideologie geführt haben (aufstühlendes, sich entfaltender Kapitalismus) längst verschwunden sind.

Für das revolutionäre Proletariat ist es deshalb Pflicht, in jeder Situation klar und scharf die Gründe für diese unausbleiblichen Niederlagen aufzuzeigen. Und keine falsch verstandene Solidarität darf die Genossen der KPD. und der AAU. veranlassen, sich auf den falschen Weg zu begeben. Solange die Arbeiterklasse in den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien kanalisiert ist, wird in diesen Organisationen selbst jedes revolutionäre Gedanke naturnotwendig zerstörend auf diese Organisationen wirken. Und der Verzweiflungsgedanke, diese konterrevolutionären Gebilde noch zu verstärken, beweist, wie groß die Aufgaben sind, die wir noch zu erfüllen haben, wenn wir nur in einem Teil der Arbeiterklasse den revolutionären Gedanken zum Durchbruch bringen wollen.

Es braucht hier nicht weiter begründet werden, daß eben die Kampforganisationen des Proletariats zugleich die Grundlage, das Fundament des Zieles des kämpfenden Proletariats sein muß, der kommunistischen Gesellschaft. Der lebendige Beweis dafür sind die KPD. und die AAU. Und ihre Größe und ihr Geist, sie sind der Barometer für die Größe der Revolution. Und die Liquidation wäre nichts mehr und nichts weniger als der sichtbare Ausdruck für den Tod der Revolution.

Lesen wir uns nächstens die gigantischen Aufgaben, die das Proletariat zu lösen hat und wie es der Größe seines Unterganges bis ins letzte Stadium die Reihen bis zum bewußten Nachkriegerlassung des Proletariats wird auf die verzweifelte Gegenwehr der kapitalistischen Klasse stoßen. Denn man das Proletariat um den Sturz des Kapitals überhaupt kämpft, so wird der unbändige Widerstand von der Uebernahme und Fortführung der Produktion zu einer Phrase. Denn kann bestehen nicht die Rede sein, weil erstens die Bürgerkrieg die Produktion